

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2025

**Zu TOP: 9.8
zur Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger
Einreicher: Dr. med. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0007/2025**

**Änderungsantrag zur Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger TOP 9.8
Einreicherin: Simone Zaepernick-Risch, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0015/2025**

**Änderungsantrag zum TOP 9.8 zur Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger
Einreicher: AfD-Fraktion
Vorlage: AN 0014/2025**

Herr Dr. Zabel teilt mit, dass seitens der Fraktion CDU/FDP ergänzend ein Änderungsantrag (Anm. d. Protokollführung: aufgenommen als AN 0015/2025) zum Antrag AN 0007/2025 eingebracht wird.

Personen, die Sozialleistungen erhalten, sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten (u.a. Gesundheit etc.) einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Dabei sollen bestehende und ggf. zukünftige gesetzliche Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden.

Herr Dr. Zabel merkt an, dass der Antrag zunächst auf die Anregung von Gesprächen zwischen Oberbürgermeister und Landrat zur Thematik ausgerichtet ist. Dabei könnten etwaige Parameter evaluiert werden.

Herr Radtke erläutert den Änderungsantrag AN 0014/2025 der Fraktion AfD. Ergänzend zum Ursprungsantrag sollen zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit auch Asylbewerber in die Prüfung einbezogen werden. Arbeitsfähigen Menschen könne somit der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben erleichtert werden. Gleichzeitig werde ein geregelter Tagesablauf ermöglicht und der Integrationsgedanke werde gefördert.

Herr Quintana Schmidt spricht sich für die Fraktion DIE LINKE. entschieden gegen die vorliegenden Anträge aus. Er geht auf die Vielzahl an unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ein, die bürgergeldempfängsberechtigt seien. Es sei unklar, wer von dem Antrag erfasst werde.

Herr Quintana Schmidt kritisiert, dass der Antrag ein Bild von faulen Bürgergeldempfängern suggeriere. Dies sei realitätsfern. Tatsächlich gebe es nur wenige Fälle (0,3 %) der totalen Arbeitsverweigerung.

Er geht zudem auf die Rechtsstellung der Empfänger von Asylbewerberleistungen ein. Nach Aussage des Landrates in einem Artikel der Ostsee-Zeitung sei die vorliegende Idee rechtlich nicht umsetzbar.

Nach Ansicht von Herrn Quintana Schmidt müsste der Oberbürgermeister einem etwaigen Beschluss widersprechen.

An die einreichenden Fraktionen appelliert er, die vorliegenden Anträge zurückzuziehen. Für den Fall einer Beschlussfassung kündigt Herr Quintana Schmidt für die Fraktion DIE LINKE. an, alle von einem Zwangsdienst betroffenen Personen zu beraten, um sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Herr Quintana Schmidt fordert auf, den Antrag abzulehnen.

Frau Kothe-Woywode erklärt die ablehnende Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei zu den vorliegenden Anträgen. Sie bestätigt die Ausführungen von Herrn Quintana Schmidt.

Die Anträge erzeugen eine ungerechtfertigte Stigmatisierung.

Die Argumentation des Fachkräftemangels und der Wiedereingliederung greife absolut nicht. Hinsichtlich der Asylbewerber weist Frau Kothe-Woywode darauf hin, dass die Problematik häufig in der Nichtanerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen bestehe.

Für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit erklärt Herr Haack, dass dem Ursprungsantrag der Fraktion CDU/FDP und auch dem Änderungsantrag der Fraktion AfD zugestimmt werde. Er merkt an, dass sich die Anträge nur auf Gespräche zwischen Oberbürgermeister und Landrat beziehen. Über die rechtliche Umsetzbarkeit müsse der Landrat befinden.

In Richtung Herrn Haack verweist Herr Dr. Zabel auf die Erweiterung des Personenkreises gemäß Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP.

Er weist darauf hin, dass der Antrag auf gemeinnützige Arbeit abziele. Er bestätigt, dass die Zuständigkeit zu handeln beim Landkreis liege.

Es sollen lediglich rechtliche Möglichkeiten eruiert, Prozesse angestoßen und für die Thematik sensibilisiert werden.

Herr Schilke stellt für die Fraktion AfD klar, dass nur leistungs- und arbeitsfähige Personen vom Antrag erfasst werden. Niemand beabsichtige z.B. Kinder zur Arbeit zu verpflichten.

Herr Seifert ergänzt, dass eine soziale Sicherung gerechtfertigt sei, der geringe Unterschied zu Arbeitnehmenden mit Mindestlohn jedoch nicht. Gleichwohl sollte eine Beteiligung im Interesse des Gemeinwohls erfolgen.

Zum Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP merkt er an, dass dieser hinsichtlich des vorliegenden Änderungsantrages der Fraktion AfD nicht erforderlich sei und daher abgelehnt werde. Herr Seifert wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion AfD.

Herr Suhr stellt klar, dass der Landkreis die Kompetenz der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur Thematik nicht benötige. Er verweist auf die Beratungen in den Gremien des Kreistages.

Es scheint in den Fraktionen der Bürgerschaft eine unterschiedliche Interpretation zu dem Menschen, der Bürgergeld empfangt, zu geben.

Er betont, dass seine Fraktion schlicht nicht wolle, dass die vorliegenden Anträge umgesetzt werden.

Trotz des herrschenden Wahlkampfes appelliert Herr Suhr, mit der Verantwortung für die Betroffenen sensibel umzugehen.

Frau Kindler erinnert an die Arbeit des Jobcenters, den Betriebsausschuss Jobcenter des Landkreises und die erfolgreiche Arbeit der SIC in der Hansestadt Stralsund. Sie spricht sich für mehr Austausch unter den Fraktionen aus.

Herr Dr. Zabel entgegnet, dass die von Frau Kindler beschriebenen Maßnahmen nicht mehr in der Form existieren.

Nach Auffassung der Fraktion CDU/FDP sollten sowohl die Seite des Empfängers von Sozialleistungen als auch die Seite des steuerzahlenden Arbeitnehmers fokussiert werden, um einen Ausgleich herzustellen. Die Debatte über ein Für und Wider gehöre auch in die Öffentlichkeit.

Zu Herrn Seifert und dem Vergleich von Bürgergeldempfängern und Mindestlohn, merkt Frau Kothe-Woywode an, dass ein zu niedriger Mindestlohn nicht der Maßstab sein könne.

Für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit beantragt Herr Philippen gemäß Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung.

Der Präsident stellt zunächst den weitergehenden Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP namentlich zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Landrat ins Gespräch über die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit für Empfänger des Bürgergeldes zu kommen.

Auch sind alle anderen Personengruppen zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit in der Hansestadt Stralsund heranzuziehen, bei denen eine jetzt schon vorhandene oder zukünftig mögliche Verpflichtung bestehen wird, sofern sie gesundheitlich dazu in der Lage sind.

Sollte der Landrat ähnliche Maßnahmen in Erwägung ziehen, soll die Stadt hierbei unterstützend tätig werden und bspw. Strukturen und Angebote für gemeinnützige Arbeit zur Verfügung stellen.

Namentliche Abstimmung

Ja (10)

Paul, Peter	Fraktion CDU/FDP
Bauschke, Stefan	Fraktion CDU/FDP
Borbe, Volker	Fraktion CDU/FDP
Gotsch, Henrik	Fraktion CDU/FDP
Klingschat, Ralf	Fraktion CDU/FDP
Krämer, Martin	Fraktion CDU/FDP
Lastovka, Nicole	Fraktion CDU/FDP
Rotkowsky, Christian	Fraktion CDU/FDP
Zabel, Ronald, Dr. med.	Fraktion CDU/FDP
Zaepernick-Risch, Simone	Fraktion CDU/FDP

Nein (27)

Bartel, Ute	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Bischoff, Kathrin	Fraktion AfD
Bowitz, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Buxbaum, Bernd	Fraktion DIE LINKE.
Carstensen, Heike, Dr.	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Chill, Kerstin	Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Ehlert, Sabine	Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Graf, Sandra	Fraktion AfD
Haack, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Hofmann, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Kindler, Anett	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Kothe-Woywode, Sandra,	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Assessore jure	Fraktion DIE LINKE.
Kühl, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Kümpers, Josefine	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Leddin, Mathias	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Philippen, Michael	Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Quintana Schmidt, Marc	Fraktion DIE LINKE.
Quintana Schmidt, Maria	Fraktion DIE LINKE.
Radtke, Jens	Fraktion AfD

Rockmann, Thomas
Rybka, Frank
Schilke, Jarod
Schön, Oliver
Seifert, Dario
Smyra, Friedrich

Fraktion AfD
Fraktion AfD
Fraktion AfD
Fraktion AfD
Fraktion AfD
Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei

Sommer, Clemens
Suhr, Jürgen

Enthaltung (1)

Szelwis, Gabriele

Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Zur Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion AfD beantragt Herr Seifert nach Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung.

Nachfolgend lässt Herr Paul über den Änderungsantrag AN 0014/2025 namentlich abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Landrat ins Gespräch über die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit für Empfänger des Bürgergeldes sowie für leistungsfähige und arbeitsfähige Asylbewerber zu kommen. Sollte der Landrat ähnliche Maßnahmen in Erwägung ziehen, soll die Stadt hierbei unterstützend tätig werden und beispielsweise Strukturen und Angebote für gemeinnützige Arbeit zur Verfügung stellen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

In Anbetracht der Abstimmungsergebnisse zieht Herr Dr. Zabel für die Fraktion CDU/FDP den Ursprungsantrag AN 0007/2025 zurück.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 17.02.2025